



Fraktion im Kreistag
Darmstadt-Dieburg

An die Vorsitzende des Kreistags
Dagmar Wucherpfennig
- Im Hause -

Jägertorstr. 207
64289 Darmstadt
Tel. 06151-8811376
Fax 06151-8811377
E-mail: dadi-fraktion@gruene-dadi.de
www.gruene-dadi.de

An den Vorsitzenden des
Haupt- und Finanzausschusses
Markus Größmann
- im Hause -

13.6.2022

Antrag zur Kreistagssitzung am 20.6.2022

hier: Änderungsantrag (Änderungen zum bestehenden Antrag 1479-2022/DaDi in kursiv)

Sehr geehrte Frau Wucherpfennig,
Sehr geehrter Herr Größmann,

die Fraktion Bündnis90/Die GRÜNEN bittet Sie, den folgenden Änderungs- bzw. Ergänzungs-Antrag auf der Tagesordnung des Haupt- und Finanzausschusses am 13.06.2022 und des Kreistags am 20.6.2022 zu berücksichtigen:

**Haushaltsplan 2022/2023 - Antrag zu geplanten Konsolidierungsmaßnahmen:
*Bildungsgerechtigkeit, Chancengleichheit und Teilhabe sichern.***

Beschlussvorschlag zu Lfd. Nr. 11: Streichung Hausaufgabenbetreuung

Das Angebot der Hausaufgabenbetreuung wird beibehalten.

Begründung:

Die Hausaufgabenbetreuung ist für viele Kinder eine wichtige Unterstützung, die aus unterschiedlichen Gründen zuhause nicht geleistet werden kann. Ob eine vergleichbare Betreuung durch den Pakt für den Nachmittag gewährleistet wird, ist bisher nicht belegt.

Beschlussvorschlag zu Lfd. Nr. 3: Modellprojekt „Ganzttag 14:30 Uhr +“

Der Landkreis nimmt weiterhin, wie geplant, am Modellprojekt „Ganzttag 14:30 Uhr +“ teil.

Begründung:

Das Modellprojekt der „inkluisiven gebundenen Ganztagsgrundschule bis 14:30 Uhr“, auch „Halb 3 plus“ genannt, weil hier wie an allen anderen Paktsschulen eine additives (= plus) Betreuungsangebot bis 17:00 Uhr anschließt, ist ein Pilotprojekt der Bildungsregion Stadt Darmstadt und Landkreis Darmstadt-Dieburg. An der Gersprenzschule in Reinheim und an der Hans-Quick-Schule in Bickenbach sollte ein kostenfreier gebundener Ganzttag eingeführt werden, an dem alle Kinder teilnehmen könnten, so dass eine echte Rhythmisierung und damit optimale Förderung aller Kinder möglich ist. Die Beschlüsse der Schulkonferenzen liegen vor, die noch

fehlende Rechtsgrundlage sollte durch einen sog. Letter of Intent mit dem HKM geschaffen werden, der kurz vor der Unterzeichnung steht. Die Nicht-Teilnahme hat zur Folge, dass die Stadt Darmstadt diesen Weg alleine gehen wird und die im Hinblick auf den Rechtsanspruch 2026 so dringend benötigten Erfahrungen mit hohen Betreuungsquoten und ihrer Effektivität für die Bildungsgerechtigkeit, aber auch zur realistischen Einschätzung der Kalkulation sowohl der Betriebskosten als auch der Bauunterhaltung nicht gemacht werden können .

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Schlipf- Traup

(Fraktionsvorsitzende)

Christian Grunwald

(Fraktionsvorsitzender)